Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Zeilenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Gebührige 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage wie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 282. Sonnabend, den 5. Dezember 1925. 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Ueber das Vermögen des Fahrrad- und Nähmaschinen-Händlers Walter Lippert in Grünhain i. Sa. ist am 1. Dezember 1925, vormittags 11,30 Uhr, die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet und Herr Bücherrevisor Richard Huber in Schwarzenberg als Geschäftsaufsichtsperson bestellt worden.

Amtsgericht Schwarzenberg, den 2. Dezember 1925.

Ueber das Vermögen der Firma L. Otto Wickler, Inhaberin Frau Martha verw. Wickler geb. Schmidt, Drogerie in Schwarzenberg i. Sa., ist am 1. Dezember 1925, vorm. 11,45 Uhr, die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet und Herr Bücherrevisor Richard Huber in Schwarzenberg als Geschäftsaufsichtsperson bestellt worden.

Amtsgericht Schwarzenberg, den 2. Dezember 1925.

Verbands-Handels- und Gewerbeschule

für Schwarzenberg und Umgegend.

Elternversammlung.

Die Eltern, die beabsichtigen, zu Ostern Söhne und Töchter der Handels- oder der Gewerbeschule zuzuführen, werden gebeten, an einer Versammlung teilzunehmen, die am

Sonntag, dem 6. Dezember, nachmittags ½4 Uhr,

im Physiksaale der Schule stattfindet. In derselben erfolgt eine Aussprache über verschiedene schulische Fragen.

Anschließend eine Filmvorführung: Großeisenindustrie. Die Teilnehmer an der Versammlung haben Gelegenheit, vorher oder nachher die am gleichen Tage stattfindende Ausstellung von Werken des Kunstmalers Grimm-Sachsenberg und die Ausstellung guter Bücher (Weihnachtsgeschenke!) für die Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren zu besichtigen.

Schwarzenberg, den 4. Dezember 1925. Die Direktion.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Leistung und Gegenleistung.

Ein französischer Betrug. Rücktritt der Regierung auf Sonnabend verschoben Die Entwaffnungsfrage noch nicht geklärt. Dr. Geßler amtsmüde.

Das Verhältnis zwischen unseren Leistungen und den Gegenleistungen unserer Vertragsgegner von Locarno verschiebt sich immer mehr zu unseren Ungunsten. Die Regierung scheint schon gar nicht mehr ernstlich damit zu rechnen, daß die sog. Rückwirkungen als, wenn auch nicht ausdrücklich festgelegter, Bestandteil des Vertrages anzusehen sind. In London hat man der deutschen Delegation, als sie an gewisse Versprechungen zu erinnern wagte, die kalte Schulter gezeigt, was bei allen denen, die für Locarno waren, begreifliche Bestürzung auslöste. Die Beunruhigung wird nicht gemildert werden, wenn die Mitteilung, die jetzt aus Paris kommt, sich — was wohl der Fall sein wird — bewahrheitet.

Nach einer Mitteilung des „Matin" denkt man sich den weiteren Verlauf der Dinge folgendermaßen:

Stresemann werde bereits in den nächsten Tagen nach Paris kommen, um die in London eingeleitete Aussprache mit Briand fortzusetzen. Die Reise Stresemanns sei bereits in Locarno zwischen den beiden Außenministern vereinbart worden, und Stresemann habe die Absicht gehabt, schon auf der Reise nach London sich in Paris aufzuhalten, habe aber diesen Plan mit Rücksicht auf die französische Ministerkrise aufgegeben. Angesichts der innerpolitischen Schwierigkeiten, die augenblicklich Briand völlig in Anspruch nehmen, werde Stresemann seine Reise nach Paris bis nach der Neubildung der deutschen Regierung verschieben. Ueber die Spezialfragen hinaus, wie: die Abkürzung der Besatzungsfristen, die für die Uebergangszeit in Aussicht genommenen Erleichterungen für das besetzte Gebiet und die Revision der Bestimmungen für die deutsche Luftschiffahrt, die den Gegenstand der Verhandlungen in Paris bilden sollen, würden Stresemann und Briand versuchen, die in Locarno versuchte Annäherung auszubauen und durch Abmachungen wirtschaftlicher Natur zu ergänzen, die es beiden Ländern ermöglichten, sich gemeinsam um die Unterstützung der amerikanischen Finanzwelt zu bemühen. Solange die deutsch-französischen Verhandlungen lediglich die Revision der Verhältnisse im Rheinland zum Gegenstand hätten, sei das Interesse der öffentlichen französischen Meinung nicht sehr groß. Nur wenn die Verhandlungen gegenseitiger Natur seien und wenn Deutschland nach Abschluß eines für beide Teile befriedigenden Handelsvertrages sich bereit finde, die auf Grund des Dawesplanes ausgegebenen Eisenbahnobligationen zu mobilisieren und auf diese Weise die dem französischen Haushalt dringend nötigen flüssigen Mittel zu beschaffen, werde die europäische Solidarität greifbare Gestalt annehmen und für beide Teile sich günstig auswirken.

Man braucht keine besondere Geisteskraft aufzuwenden, um den wahren Inhalt dieser Mitteilung, die nach jeder Richtung hin Aufsehen erregen wird, zu verstehen. In kurzen Worten ausgedrückt besagt er: Die Spezialfragen, soll heißen Rückwirkungen, werden nur dann für Frankreich diskutabel sein, wenn Deutschland für sie neue Zugeständnisse, diesmal auf wirtschaftlichem Gebiete, macht.

Bisher war die öffentliche Meinung in Deutschland dahin gedrillt worden, daß die Rückwirkungen die Gegenleistungen der Vertragsgegner dafür sein sollen, daß wir das Risiko des Paktes von Locarno überhaupt auf uns nahmen. Nur unter dieser Bedingung, so glaubte der deutsche Michel, sei der Vertrag annehmbar. Nun, nachdem in London unterzeichnet, vom Weltfrieden geredet und gut gefrühstückt worden ist, deckt die französische Regierung ihre Karten auf. Sie macht einen dicken Strich unter die vertraglich festgelegten Abmachungen und meint, nun könne man sich weiter unterhalten, und zwar auf Grund neuer Leistungen und Gegenleistungen. Die neuen Verhandlungen sollen „gegenseitiger Natur" sein, das heißt nichts anderes, als daß von vorne angefangen werden soll. Macht Deutschland neue Zugeständnisse, dann will man in Paris (vielleicht!) so freundlich sein und auf die mündlichen Versprechungen der Ehrenmänner Briand und Chamberlain zurückkommen.

Daß dann Deutschland wieder der leidtragende Teil sein wird, ist ohne Zweifel. Auf seine Kosten sollen die französischen Finanzen, die durch die unsinnige Nachkriegspolitik (Sanktionen, Ruhreinbruch) ruiniert sind, saniert werden, damit das Schwindelwort, mit dem der französische Steuerzahler jahrelang vertröstet worden ist, endlich Wahrheit werde: Der Deutsche bezahlt alles!

Die französischen Pläne, die nichts anderes sind als ein plumper Betrug, werden, davon sind wir überzeugt, in London keinen großen Widerstand finden. Man redet dort zwar immer von einem „anständigen Spiel", merkwürdigerweise vergißt man aber seine gute Erziehung immer dann, wenn es gegen Deutschland geht. Und wie wird sich Berlin verhalten? Dort ist man, wie die Regierungsbildung auch ausfallen wird, völlig in den Händen der Partei, die ihre Einstellung zur äußeren Politik von jeher nach Parteimaximen vorzunehmen gewohnt ist. Deutschland wird also vermutlich zu dem A von Locarno auch das B der neuen Bedrückungen sagen, wenn nicht, was ein Wunder wäre, die real und national denkenden Volksteile diesmal sich zu einem energischen Nein aufschwingen.

• • •

Berlin, 3. Dez. Von zuständiger Berliner Stelle wird jetzt mitgeteilt, daß das Reichskabinett voraussichtlich erst am Sonnabend zurücktreten wird.

• • •

London, 3. Dez. „Daily Telegraph" meldet: Die englischen Mitglieder der interalliierten Entwaffnungskommission in Berlin sind zum größten Teil für den 15. Dezember beurlaubt worden. Daß nur eine Beurlaubung und noch keine Rückberufung ausgesprochen worden ist, läßt Zweifel bestehen über die Versicherung, daß die Entwaffnungsfrage mit Deutschland völlig bereinigt sei.

•

Die Luftschiffahrts-Konferenz verschoben.

Berlin, 3. Dez. Die für morgen in Paris angesetzte Konferenz, die einer Besprechung der deutschen Luftfahrtforderungen dienen soll, ist verschoben worden. Es soll sich um Gründe verwaltungstechnischer Art handeln (?). Die Konferenz wird Anfang nächster Woche stattfinden.

• • •

Köln, 3 Dez. Ein Bataillon des Manchester-Regiments in Stärke von etwa 400 Mann und 20 Offizieren hat heute Köln in Richtung Königstein verlassen.

• • •

Die Regierungskrise.

Berlin, 3. Dez. Heute vormittag wurden die parlamentarischen Besprechungen über die Regierungsneubildung fortgesetzt. Man bemerkte im Reichstag besonders lebhafte Verhandlungen zwischen Führern der Demokraten und der Sozialdemokraten. Die Besprechungen gelten immer noch der Frage der großen Koalition, die aber noch nicht vorwärts gekommen ist.

•

Berlin, 4. Dez. Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll Reichswehrminister Dr. Geßler dem Reichspräsidenten mitgeteilt haben, daß er bei der Neubildung des Kabinetts nicht mehr mit einem Amte betraut werden wolle.

• • •

England sabotiert die Dawes-Erfüllung.

Berlin, 3. Dez. Die deutschnationale Reichstagsfraktion richtete an die Reichsregierung eine Anfrage, in der u. a. ausgeführt wird: Seit der Ratifizierung der Dawesgesetze habe die englische Wirtschaftspolitik Wandlungen zum Nachteil Deutschlands erfahren, die die Durchführbarkeit des Dawesplanes immer unwahrscheinlicher machten. Durch die „Schlüsselindustriezölle" und die Wiedereinführung der „MacKenna-Zölle" sei die Einfuhr wichtigster deutscher Ausfuhrwaren in England schwer belastet. Ferner habe die englische Regierung durch das Board of Trade weitere die deutsche Ausfuhr schädigende Maßnahmen getroffen. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit ist, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um bei der weiteren Ausführung der Dawesgesetze den daran interessierten Stellen den Beweis zu liefern, daß es Deutschland in steigendem Maße unmöglich gemacht werde, einen „wirtschaftlichen Ueberschuß" im Sinne des Dawesgutachtens als Voraussetzung für jede Reparationsleistung zu erarbeiten.

• • •

Abreise aus London.

London, 3. Dez. Die deutsche Delegation ist heute mittag 2 Uhr nach Ostende abgereist. Im gleichen Zuge reiste die polnische Delegation ab.

Vertrauensvotum für Briand.

Das Finanzgesetz angenommen.

„Begrenzte" Inflation.

Paris, 3. Dez. In der Kammer übte ein Abgeordneter der Rechten scharfe Kritik an der Zusammensetzung des Kabinetts und richtete heftige Angriffe gegen Loucheur. Bokanowski gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Erhöhung des Banknotenumlaufes eine Aufspeicherung der Noten im Publikum zur Folge haben werde. Man werde von einer Inflation in die andere fallen. Zum Schluß erklärte er, daß seine Freunde für eine teilweise Inflation stimmen würden, wenn die Regierung sich bereit erkläre, die in Höhe von 6 bis 7,5 Milliarden geplante Inflation auf 3 Milliarden herabzusetzen, weil sich am 10. Dezember die Notwendigkeit einer neuen Inflation herausstellen werde. Zu dieser Zeit sei die Regierung in der Lage, ein zusammenhängendes Finanzprogramm aufzustellen, über das in aller Ruhe und Sachlichkeit beraten werden könne. Leon Blum erklärte, daß die Sozialisten gegen die Vorlage stimmen würden. Briand beschwor die Kammer, den Ernst der Lage nicht zu verkennen. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage. Mit 299 gegen 113 Stimmen wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Bei der Gesamtabstimmung über das Finanzgesetz wurden 257 Stimmen dafür und 229 Stimmen dagegen abgegeben.

Leipzig, 3. Dez. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision der im Schweriner Fehmemordprozeß Verurteilten verworfen.

Lissabon, 3. Dez. Die Nachricht, Portugal habe England vorgeschlagen, die Kolonie Angola zu verkaufen, wird dementiert.